



An den Grossen Rat

23.5651.02

PD/P235651

Basel, 28. Januar 2026

Regierungsratsbeschluss vom 27. Januar 2026

Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend «Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 8. Februar 2024 den nachstehenden Anzug Fleur Weibel und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

«Was ist los im Kleinbasel und was braucht es? Das Kleinbasel ist ein vielfältiger und lebendiger Stadtteil mit einer hohen Integrationsleistung. Viele Menschen wohnen seit Jahrzehnten gerne und gut hier und identifizieren sich stark mit dem Kleinbasel. Aktuell ist das Kleinbasel vor allem durch negative Schlagzeilen in der öffentlichen Wahrnehmung: Spezifisch geht es dabei um die Häufung von Gewaltdelikten und Kriminalität auf der Dreirosenmatte auf der einen Seite und um den öffentlichen Drogenhandel und -konsum rund um den Matthäusplatz und die Kaserne auf der anderen Seite. Unterschiedliche Problemlagen, die aber gleichzeitig nahe beieinander auf engem Raum stattfinden – in einem Stadtteil, der bereits aufgrund von zu wenig Grünflächen und zu viel Verkehr einen stark belasteten öffentlichen Raum aufweist. Diese komplexe Gemengelage führt vermehrt zu Verunsicherung, Ängsten und Unmut in Teilen der Bevölkerung. Hierfür gilt es fundierte und nachhaltige Lösungen zu finden.

Der medialen Berichterstattung fehlen meist die Zeit und die Zeichenlänge, um die komplexen Phänomene vertieft zu beleuchten. Es stellt sich deshalb die Frage, wie genau sich die Probleme, die derzeit die allgemeine Wahrnehmung bestimmen, mit der nötigen Tiefe verstehen lassen. Gerade bei Berichten über Gewaltdelikte fehlt oft der Kontext und so bleibt neben der Schlagzeile letztlich vieles undurchsichtig. Teilweise werden durch skandalisierende Diskurse die Ängste, Sorgen und Ressentiments in der Bevölkerung zusätzlich geschürt, was dem Zusammenleben in dem dicht bewohnten Stadtteil nicht hilft. Was hingegen helfen würde, wäre ein regelmässiger Austausch der Verwaltung mit der Quartierbevölkerung und den involvierten Organisationen, sowie eine fundierte Situationsanalyse unter Einbezug wissenschaftlicher Mittel. Auf dieser wissenschaftlichen Grundlage können erst nachhaltige Lösungsansätze für das Kleinbasel entwickelt werden, die zu einer Verbesserung der Situation für alle Bewohner:innen und Nutzer:innen des öffentlichen Raums und eines guten Zusammenlebens führen.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat deshalb folgende Massnahmen zur Schaffung und zum Austausch von Wissen und Erfahrungen zu prüfen und zu berichten, inwiefern diese zeitnah umgesetzt werden können:

1. Aufträge an die Universität Basel oder an die FHNW, vertiefte und (national/international) vergleichende Studien zu den unterschiedlichen sozialen Konflikten und Problemlagen im Kleinbasel durchzuführen. Durch diese sozialwissenschaftlichen (statistischen und qualitativen) Analysen sollen mögliche Massnahmen und Ansatzpunkte aufgezeigt werden, die den involvierten Departementen als Grundlage für die nachhaltige Bearbeitung und Lösung der aktuellen sozialen Probleme im Kleinbasel dienen.
2. Regelmässige Informations- und Austauschformate der zuständigen kantonalen Stellen mit den involvierten zivilgesellschaftlichen Organisationen und den unterschiedlichen Gruppierungen der

betroffenen Quartierbevölkerung, um geplante, durchgeführte sowie weitere mögliche Massnahmen zu diskutieren.

3. Bestimmung einer zuständigen Stelle resp. Ansprechperson, an die sich die umliegenden Schulen, Kindergärten und Kitas wenden können, wenn es zu problematischen Vorfällen oder Gewaltdelikten kommt.

Fleur Weibel, Harald Friedl, Beda Baumgartner, Nicola Goepfert, Christoph Hochuli, Balz Herter, Michela Seggiani, Mahir Kabakci, Anouk Feurer, Johannes Sieber, Tonja Zürcher, Beat Braun»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Einleitung

Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Anzugsstellenden, dass das Kleinbasel ein äusserst vielfältiger und lebendiger Stadtteil mit einer sehr hohen Integrationsleistung ist. Die negativen Schlagzeilen schaden der öffentlichen Wahrnehmung. Der Regierungsrat nimmt die komplexen Herausforderungen des Stadtteils ernst.

Der Regierungsrat hat bereits verschiedene Massnahmen initiiert, um die Situation im gesamten Unteren Kleinbasel in Bezug auf Kriminalität, Konsum und Handel von Drogen und Sicherheit im öffentlichen Raum zu entschärfen. Diese Massnahmen werden kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit evaluiert und bei Bedarf angepasst. Der punktuelle Austausch mit der Bevölkerung wird auch weiterhin ein zentrales Element für die Einschätzung der Lage vor Ort und für mögliche Problemlösungen darstellen. Der Kanton arbeitet an unterschiedlichen Fragestellungen auch mit Expertinnen und Experten zusammen.

Auch in Zukunft wird es gezielte Schwerpunktaktionen der Kantonspolizei brauchen. Das Thema Sicherheit hat für den Regierungsrat hohe Priorität. Er hat Sicherheit im Legislaturplan 2025–2029 erstmalig als Schwerpunkt definiert.

2. Zu den einzelnen vorgeschlagenen Massnahmen

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat, folgende Massnahmen zur Schaffung und zum Austausch von Wissen und Erfahrungen zu prüfen und zu berichten, inwiefern diese zeitnah umgesetzt werden können:

1. *Aufträge an die Universität Basel oder an die FHNW, vertiefte und (national/international) vergleichende Studien zu den unterschiedlichen sozialen Konflikten und Problemlagen im Kleinbasel durchzuführen. Durch diese sozialwissenschaftlichen (statistischen und qualitativen) Analysen sollen mögliche Massnahmen und Ansatzpunkte aufgezeigt werden, die den involvierten Departementen als Grundlage für die nachhaltige Bearbeitung und Lösung der aktuellen sozialen Probleme im Kleinbasel dienen.*

Der Regierungsrat sieht von einem externen Auftrag an die FHNW oder die Universität Basel zu den Problemlagen im Kleinbasel ab, weil er der Ansicht ist, die bestehenden Problemlagen im Kleinbasel ausreichend zu kennen. Erfahrungen der vergangenen Jahre – etwa auf der Dreirosenanlage mit dem Einsatz des Rangerdienstes oder der temporären Videoüberwachung – zeigen, dass gezielte Massnahmen im öffentlichen Raum zu einer spürbaren Entspannung an einzelnen Hotspots beitragen können.

Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat im Rahmen der Beantwortung des Anzugs von Joël Thüring und Konsorten betreffend «Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz» (23.5253) zu den initiierten Massnahmen berichten.

2. *Regelmässige Informations- und Austauschformate der zuständigen kantonalen Stellen mit den involvierten zivilgesellschaftlichen Organisationen und den unterschiedlichen Gruppierungen der betroffenen Quartierbevölkerung, um geplante, durchgeführte sowie weitere mögliche Massnahmen zu diskutieren.*

Es besteht bereits eine grosse Anzahl an Informations- und Austauschformaten zwischen dem Kanton, involvierten zivilgesellschaftlichen Organisationen und den unterschiedlichen Gruppierungen der betroffenen Quartierbevölkerung. Teilweise werden diese vom Kanton Basel-Stadt selbst organisiert, und teilweise lädt z. B. das Stadtteilsekretariat Kleinbasel hierzu ein. Diese Formate sind entweder auf einzelne Themen (Runder Tisch Prostitution, Drogenstammtisch, kleinStadtgespräche) oder auf gewisse Örtlichkeiten fokussiert (Begleitgruppe Dreirosenanlage, Runder Tisch Webergasse, Runder Tisch Dealer Florastrasse und Klybeckstrasse, Begleitgruppe Erlenmattplatz u. a. m.).

Zusätzlich zu den regelmässig stattfindenden Informations- und Austauschgefässen sind diverse Fachteams im öffentlichen Raum unterwegs.

Das Fachteam Mittler im öffentlichen Raum des Gesundheitsdepartements sucht Menschen mit einer Suchtmittelabhängigkeit im Umfeld der Kontakt- und Anlaufstellen und im öffentlichen Raum auf. Die Mitarbeitenden des Fachteams Mittler pflegen den Kontakt mit den schwer zu erreichenden Konsumierenden und bieten niederschwellig Beratung und Unterstützung an. Sie sind ebenfalls Ansprechpersonen für die Anwohnerschaft, Firmen und Schulen. Sie nehmen deren Bedürfnisse und Anliegen auf, fördern den Dialog und stehen vermittelnd für ein gutes Miteinander ein.

Für Fragen und Probleme der Anwohnerschaft mit verschiedenen Interessensgruppen steht das Community Policing als Ansprechpartner zur Verfügung.

3. *Bestimmung einer zuständigen Stelle resp. Ansprechperson, an die sich die umliegenden Schulen, Kindergärten und Kitas wenden können, wenn es zu problematischen Vorfällen oder Gewaltdelikten kommt.*

Die zuständige Stelle bei problematischen Vorfällen oder Gewaltdelikten ist die Kantonspolizei Basel-Stadt. An sie soll man sich jederzeit bei solchen Vorfällen wenden, in akuten Fällen über die Nummer 117. In zeitlich nicht dringlichen Situationen, die spezifische Problemlagen des Quartiers betreffen, können sich Bewohnerinnen und Bewohner oder Institutionen an das Community Policing wenden. Bei Vorfällen mit Bezug zu Schulen, Kindergärten oder Kitas sind nebst dem Community Policing auch die beiden Ressorts Prävention gegen Gewalt und Jugend- und Präventionspolizei der Präventionsabteilung der Kantonspolizei zuständig.

Der Kanton Basel-Stadt begegnet den Herausforderungen im öffentlichen Raum im Kleinbasel departementsübergreifend. Massnahmen, die umliegende Schulen oder Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit betreffen, werden gemeinsam definiert. Die zuständige Stelle bei Gewaltdelikten ist die Kantonspolizei.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend «Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin